

Das Schattenreich

Sozialpolitik Die Deutschen sind stolz auf ihren Wohlfahrtsstaat, doch die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer. Wenigen gelingt der Aufstieg aus der Unterschicht. Eine Studie zeigt: Die Spaltung gefährdet Wachstum und Wohlstand.



ILLUSTRATION: CHRISTOPH NIEMANN FÜR DER SPIEGEL

Wer wissen will, warum manche Menschen früh sterben und andere spät, muss ihre Kindheit erforschen. In Deutschland ist das die Aufgabe des Robert-Koch-Instituts. Hier sitzt Thomas Lampert in einem schmucklosen Büro in der Berliner General-Pape-Straße, vor sich ein Computer, darin die Daten von mehr als 17 000 repräsentativ ausgewählten Kindern und Jugendlichen. Geburtsgewicht, Impfstatus, Blutwerte, Sprachentwicklung: Vor den Forschern bleibt nichts geheim. Vier Teams des Robert-Koch-Instituts reisen derzeit durchs Land, um die Daten auf dem neuesten Stand zu halten.

Die Ergebnisse haben Lampert und Kollegen kürzlich im „Bundesgesundheitsblatt“ veröffentlicht. Sie sind ein erschütternder Beleg für die Zweiteilung der deutschen Gesellschaft. Lampert weist nach, dass Kinder und Jugendliche, die das Pech haben, aus einer niedrigen Statusgruppe zu kommen, viel öfter krank werden als Kinder aus der Mittel- und der Oberschicht. Sie leiden etwa doppelt so oft an Magerheit oder Fettleibigkeit, erkranken häufiger an Masern, Angina und Asthma bronchiale, werden Opfer von Gewalt.

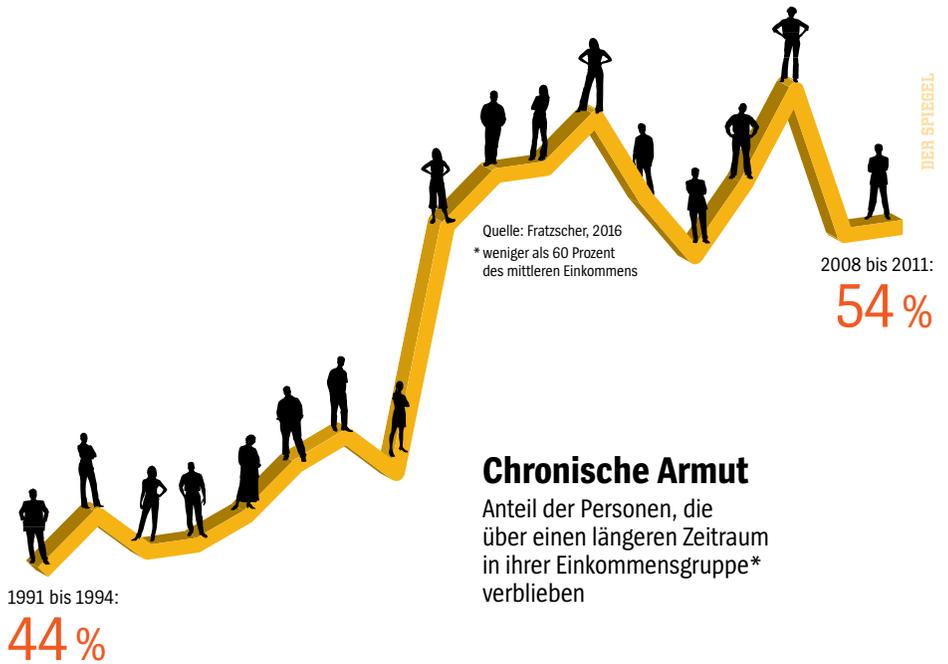
Ihre Zähne sind deutlich öfter von Karies befallen als bei ihren gut situierten Altersgenossen. Und auch im Krankenhaus sind die Kinder aus armen Familien überrepräsentiert: Sie müssen etwa doppelt so oft stationär behandelt werden – und sie bleiben im Durchschnitt auch noch zwei Nächte länger.

Lampert fasst die Ergebnisse seiner Studien so zusammen: „Je niedriger der soziale Status, desto eher treten Gesundheitsprobleme auf“, oder in der nüchternen Sprache der Statistik: Die Lebenserwartung von Mädchen aus der Unterschicht liegt um rund acht Jahre unter der ihrer besser gestellten Altersgenossinnen, bei den Jungen sind es sogar zehn Jahre.

Weil du arm bist, musst du früher sterben: Befunde wie die der Berliner Gesundheitsexperten lösen hierzulande noch immer ungläubiges Staunen aus. Unterhält die Bundesrepublik nicht eines der teuersten Sozialsysteme der Welt? Ist das Land nicht berühmt für seine umfassende öffentliche Gesundheitsversorgung, die starken Gewerkschaften, für Schulen und Hochschulen auf Topniveau?

Und hat die Kanzlerin nicht recht, wenn sie als Erfolge ihrer Amtszeit die „hohen sozialen Standards“ nennt, eine „Arbeitslosigkeit unter drei Millionen“ sowie seit „sechs Jahren steigende Nettolöhne“? In ihrer Regierungszentrale hat Angela Merkel sogar eine eigene Abteilung eingerichtet, deren Aufgabe darin besteht, ihrer Politik ein Manufaktur-Logo anzukleben: ein „gutes Leben“, und zwar für alle.

Das Problem ist, dass die Formel für einen wachsenden Teil der Bevölkerung



Chronische Armut

Anteil der Personen, die über einen längeren Zeitraum in ihrer Einkommensgruppe* verblieben

nicht mehr aufgeht. Mit dieser Einschätzung meldet sich jetzt nicht etwa die Linkspartei oder der Sozialverband Deutschland zu Wort, sondern einer der renommiertesten Ökonomen der Republik. Für Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), ist das schöne Bild vom mustergültigen Wohlfahrtsstaat Deutschland nicht mehr als „eine Illusion“.

In seinem neuen Buch zeichnet er jenen „Verteilungskampf“ nach, der das Gesicht der Republik in den vergangenen 25 Jahren verändert hat. „Deutschlands soziale Marktwirtschaft existiert nicht mehr“, schreibt Fratzscher, stattdessen habe sich die Bundesrepublik in eines „der ungleichsten Länder der industrialisierten Welt“ verwandelt, das die Angehörigen der Mittelschicht „zu Verlierern“ stempele und statt „Wohlstand für alle nur noch Wohlstand für wenige“ produziere.

Fratzscher widerspricht damit nicht nur den Gesundheitsberatern aus Merkels Regierungsapparat, sondern auch den Wirtschaftsweisen, die Deutschland als „stabile Mittelschichtgesellschaft“ rühmen. Und er führt für seine These eine Kette von Beweisen an.

Während die Löhne der gut situierten Schichten in den vergangenen 20 Jahren deutlich zugelegt haben, sind die Verdienste der unteren 40 Prozent geschrumpft. Den reichsten zehn Prozent der Deutschen gehören rund zwei Drittel aller Fabriken, Immobilien und Wertpapiere im Land. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung dagegen besitzt so gut wie nichts oder hat Schulden. Und was am schlimmsten ist: In kaum einem anderen Industrieland gelingt es so wenigen Niedrigverdienern, in höhere Einkommensklassen aufzusteigen.

Wer hat, dem wird gegeben; und wer nichts hat, der wird auch nichts.

Einst gehörte es zum politischen Programm der Nachkriegsrepublik, Arbeiterkindern den Weg an die Universität zu weisen. Heute sind die sozialen Verhältnisse derart erstarrt, dass Kritiker von „Neofeudalismus“ sprechen.

Dabei wendet Deutschland riesige Beträge auf, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu überbrücken. Mehr als 540 Milliarden Euro zieht der Staat an Steuern und Abgaben der reicheren Hälfte der Gesellschaft ab, um es als Wohngeld, Sozialhilfe oder Hartz-IV-Leistung an die unteren Schichten weiterzuleiten.

Doch ein Großteil des Geldes wird nach dem Prinzip „rechte Tasche, linke Tasche“ in der Mittelschicht verteilt. Und was unten ankommt, reicht nicht mehr aus, die zunehmende Drift der Lohn- und Kapitaleinkünfte auszugleichen. Wer auflistet, was den Haushalten nach Steuern und Transfers in der Kasse bleibt, stellt fest: Auch bei den sogenannten verfügbaren Einkommen ging die Schere zwischen Arm und Reich auseinander. Der DIW-Chef spricht von einer „sehr ineffizienten Verteilungspolitik“, der es zunehmend weniger gelinge, der „Gesellschaft als Ganzes zu nutzen“.

Ein Fehler, so Fratzscher, denn er ist davon überzeugt: Wer gegen Ungleichheit kämpft, setzt sich nicht nur für mehr Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt ein. Er sorgt auch dafür, dass die Wirtschaft ihr Potenzial ausschöpft und der Kuchen für alle größer wird. Verteilungspolitik, so ließe sich folgern, ist die beste Wachstumspolitik.

Müssen also Millionäre und Multimillionäre mit neuen Reichen- und Vermögensteuern zur Kasse gebeten werden, wie es die Linkspartei oder der Fundi-Flügel der Grünen fordert? Hat SPD-Chef Sigmar Gabriel recht, wenn er bessere Renten und



Gewerkschafter Beiderwieden: Planmäßige Ausbeutung ganzer Berufs- und Beschäftigtengruppen

mehr Leistungen für arme Deutsche verlangt? Und was bewirkt der Flüchtlingszustrom für das soziale Klima im Land? Sind weitere Milliarden für Integrationskurse und sozialen Wohnungsbau fällig?

Vor einem Vierteljahrhundert setzten die Jünger von Ronald Reagan und Margaret Thatcher darauf, dass sich Einkommensgewinne bei den Reichen über kurz oder lang auch bei den unteren Schichten niederschlagen. Doch das „Trickle-down“ hat in Deutschland nicht funktioniert, so weist Fratzscher nach: Was in den vergangenen zwei Jahrzehnten an Wohlstandszuwachs erzeugt wurde, kam nahezu ausschließlich dem oberen Bevölkerungsdrittel zugute. In den übrigen Einkommensklassen ist dagegen jene „fragmentierte Gesellschaft“ entstanden, von der etwa der Kasseler Soziologe Heinz Bude berichtet: Auf der einen Seite stehen die gut verdienenden Angestellten und Facharbeiter der exportorientierten Auto-, Chemie- oder Maschinenbauindustrie.

Auf der anderen sind die Beschäftigten des expandierenden Niedriglohnsektors zu finden, der nach Einschätzung von Organisationen wie der OECD oder dem Internationalen Währungsfonds inzwischen zum Wachstumshindernis geworden ist.

Die Ungleichheit bremst die Konjunktur, weil in der Zweiklassenökonomie zu wenig konsumiert und zu viel gespart wird. Zudem werden ganze Gesellschaftsgruppen von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt: Pizzabäcker, Putzfrauen oder Paketboten, die keine Aussicht auf steigende Gehälter oder beruflichen Aufstieg haben; Hartz-IV-Familien, die in der zweiten

oder dritten Generation von staatlicher Stütze leben; Migrantenkinder, die im hiesigen Bildungssystem oft bestenfalls als „praktisch begabt“ gelten.

So führt die Republik selbst den Fachkräftemangel herbei, den sie so wortreich beklagt. Sie nimmt ganzen Bevölkerungsteilen jenen Leistungs- und Aufstiegs willen, dem sie ihren Wohlstand verdankt. Und sie zieht eine Unterschicht heran, in der sich das Gefühl verfestigt, nicht die gleichen Chancen zu haben.

Kaum jemand weiß das besser als Ulrich Beiderwieden, der sich im Berliner Estrel Center auf ein kantiges Sitzmöbel aus dunklem Leder gesetzt hat, das unbequem, aber hip ist. In den riesigen Hotelhallen trifft sich ein Wachstumszweig des deutschen Niedriglohnsektors zu der Branchenshow, der Call Center World. Unter den vielen jungen Männern mit Gelfrisur und dunklem Anzug fällt Beiderwieden bei Tweedjackett und brauner Cordhose auf. Der Gewerkschafter stammt aus einer anderen Welt. Einer Welt, in der es Tarifverträge gibt.

Schon optisch könnte Beiderwieden als naher Verwandter des Ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske durchgehen. Er ist Fachgruppenleiter der Dienstleistungsgewerkschaft und kämpft mit seinen Kollegen für die Arbeitnehmer all jener Branchen, die schon aus Tradition die niedrigsten Löhne in Deutschland zahlen – von den Callcentern über das Friseurhandwerk bis zum Wach- und Sicherheitsgewerbe. Eine Tradition, die auch damit zu tun hat, dass viele Beschäftigte sich den Gewerkschaftsbei-

trag lieber sparen und dass sich auf der anderen Seite viele Unternehmen standhaft weigern, Tarifverträge abzuschließen. Das Problem beginnt schon damit, dass es keinen Arbeitgeberverband gibt, mit dem Beiderwieden verhandeln könnte.

In Halle zwei der Call Center World hat er mit seinen Kollegen einen Stand aufgebaut. „Arbeitgeberverband gründen – jetzt!“ steht darüber. Beiderwieden ist gekommen, um für ein Abkommen mit den Arbeitgebern zu werben. 520 000 Beschäftigte arbeiten in den rund 6900 Unternehmen der Branche, aber nur ein einziger unabhängiger Callcenter-Dienstleister hat mit Ver.di einen Tarifvertrag abgeschlossen. Entsprechend niedrig sind die Verdienste. Wer im Callcenter arbeitet, bekommt selten mehr als den Mindestlohn. An kaum einem anderen Wirtschaftszweig lässt sich besser ablesen, was ein Niedriglohnsektor für die Menschen bedeutet.

Inzwischen arbeitet jeder vierte Deutsche in jenem Schattenreich des Arbeitsmarkts, in dem die Beschäftigten weniger als zwei Drittel eines mittleren Stundenlohns verdienen.

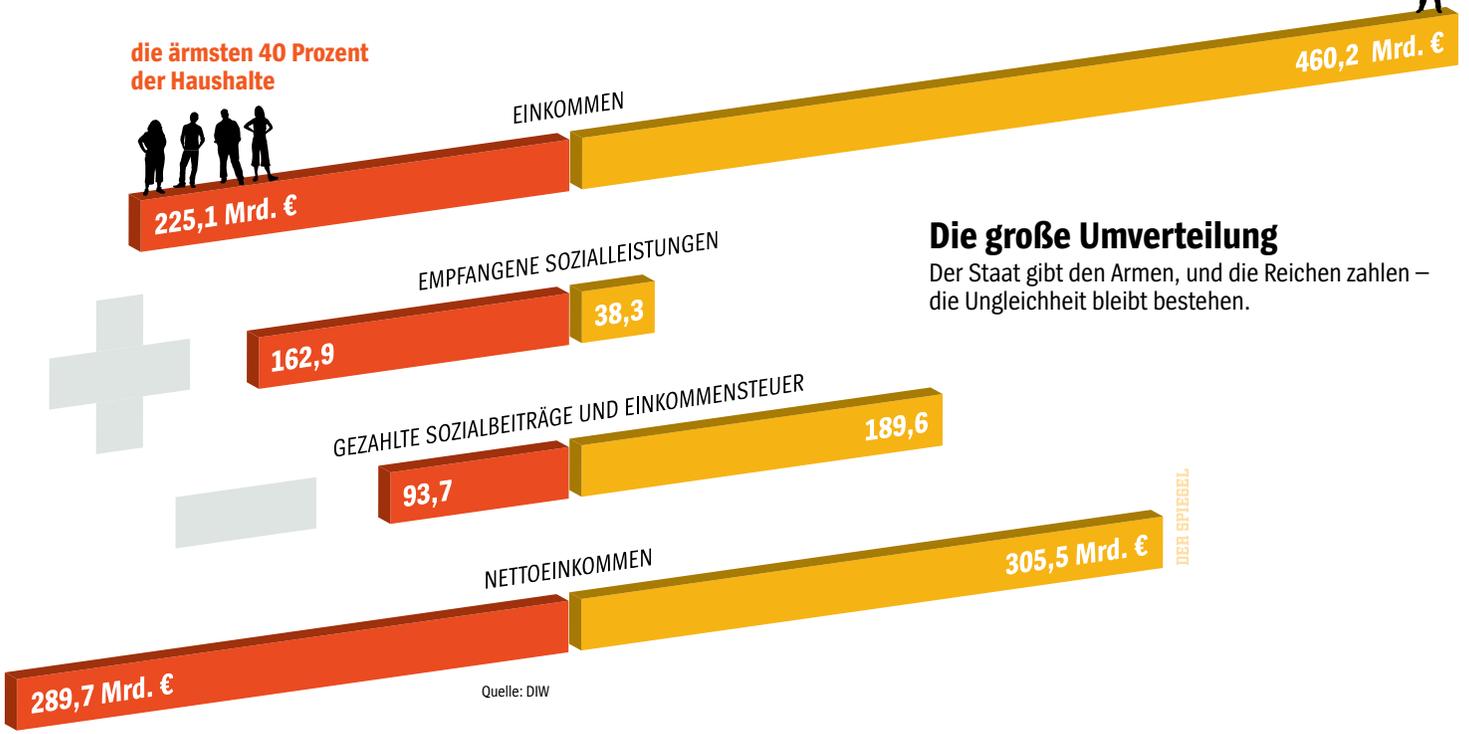
Zwar hat die schwarz-rote Koalition im vergangenen Jahr einen Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt, der auch für die Callcenter-Branche gilt. Allerdings wird er die Lage nicht für alle Beschäftigten verbessern. So haben viele Unternehmen den höheren Grundlohn jetzt mit Leistungszuschlägen für die Mitarbeiter verrechnet.

Ver.di-Mann Beiderwieden steht nun vor einem neuen Problem: Die Callcenter sind wieder weit davon entfernt, einen Arbeitgeberverband zu gründen und einen

die reichsten 10 Prozent



die ärmsten 40 Prozent der Haushalte



Die große Umverteilung

Der Staat gibt den Armen, und die Reichen zahlen – die Ungleichheit bleibt bestehen.

Quelle: DIW

branchenweiten Tarifvertrag auszuhandeln. „Seit es den Mindestlohn gibt, ist ihr Interesse gleich null“, sagt er.

Kein Wunder, dass viele Niedriglöhner nicht mehr an den Aufstieg glauben. Von einer „Verschwendung von Talenten und Fähigkeiten, die letztlich das ökonomische Potenzial eines Landes verringern“, spricht Joachim Möller, Direktor des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Man kann das im Ökonomenjargon der OECD als Verschwendung von „Humankapital“ bezeichnen. Oder man kann in den Lebenslauf von Holger Heimes schauen.

Sein Leben lang hat er Neues ausprobiert. Er hat eine Lehre zum Tischler gemacht und dann eine zum Systemgastronomen. Er war Geschäftsführer in einem Restaurant und hat später sein eigenes Lokal eröffnet. Als er nach zehn Jahren das Café Heimes in der Dortmunder Innenstadt schließen musste, heuerte er als Callcenter-Agent an. Er war arbeitssuchend, wollte nicht herumsitzen, es sollte ein Übergang sein. Jetzt ist Heimes 38 Jahre alt, er hat sich arrangiert.

Seine „Komfortzone“, wie er das selbst nennt, will er nur ungern noch einmal verlassen. Jedenfalls nicht zu jedem Preis. Das Arbeitsklima ist gut, sagt er. Er mag die Kollegen und den Job.

Was er nicht mag, ist die Bezahlung.

Vor fünf Jahren stieg Heimes bei einem der ganz Großen in der Branche ein. Sein Gehalt hat sich seither nur wenig erhöht. 1250 Euro brutto standen im Januar 2012 als Grundlohn auf seiner Gehaltsabrechnung, dazu addierten sich fast 300 Euro

an Provisionen. Im Januar 2016 lag sein Grundgehalt bei 1480 Euro, dem Mindestlohn sei Dank. Dafür waren die Provisionen gesunken.

Beim Niedriglohnsektor scheiden sich die Geister. Die einen erkennen in ihm eine besonders boshafte Spielart des Kapitalismus, eine planmäßige Ausbeutung ganzer Berufs- und Beschäftigtengruppen. Die anderen sehen in ihm einen Weg, wie Joblose wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen und später in höhere Gehaltsklassen wechseln

können. Das Problem ist nur: Der Aufstieg gelingt den wenigsten. Von „Verharrungstendenzen“ sprechen die Experten.

Die Leidtragenden sind Teilzeitbeschäftigte, Leiharbeiter und Minijobber. Es trifft Geringqualifizierte, aber auch ausgebildete Floristen, Friseure oder Verkäuferinnen, die früher zur Mittelschicht zählten. Vor allem: Lohnarmut ist ein weibliches Phänomen. 62 Prozent aller Niedriglöhner sind Frauen.

Einmal Niedriglohn, immer Niedriglohn, so lautet das Prinzip auf dem deutschen Arbeitsmarkt, auf dem noch eine zweite, nicht weniger deklassierende Regel gilt: Wer in eine Geringverdiener-Familie hineingeboren wird, hat hierzulande beste Aussichten, selbst ein Geringverdiener zu werden.

Wie eng der Zusammenhang ist, zeigt die „Great-Gatsby-Kurve“, eine Formel, die Ökonomen nach dem berühmten Roman des US-Schriftstellers F. Scott Fitzgerald benannt haben. Sein Held, Jay Gatsby, stieg in den Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts aus einfachen Verhältnissen zum Millionär auf. In Deutschland dagegen werden Kinder, deren Väter dem unteren Einkommensviertel entstammen, mit einer Wahrscheinlichkeit von fast 75 Prozent später ebenfalls der Unterschicht angehören. Kein Gatsby, nirgends, heißt es in der von Kanzlerin Merkel ausgerufenen „Bildungsrepublik Deutschland“, und: Armut ist erblich.

Dabei sollen eigentlich die Schulen und Hochschulen des Landes dafür sorgen, dass jedes Mitglied der nachfolgenden Generation, ob arm, ob reich, möglichst die glei-



Callcenter-Agent Heimes
Gefangen im Niedriglohn

DIRK HOPPE / NETZHAUT / DER SPIEGEL



Schüler mit Lehramtsstudent bei Nachhilfe in Berlin: „Verlorenes Gebiet“

chen Chancen hat. Doch diesem Anspruch wird das deutsche Bildungswesen nicht gerecht.

Noch immer gibt die Bundesrepublik weniger Geld für das Erziehungswesen aus als viele Nachbarländer. Und ein Gutteil der Mittel fließt nicht den Bedürftigen zu, sondern den Angehörigen der Mittel- und Oberschicht.

Es geht schon im Kindergarten los. Vor acht Jahren startete die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen den flächendeckenden Kita-Ausbau im Land. Nur: An vielen Unterschichtsfamilien ging die Initiative vorbei. Die staatlich finanzierte Kinderbetreuung werde „häufiger von Eltern mit hohem Schulabschluss bzw. ohne Migrationshintergrund in Anspruch genommen“, heißt es im Bildungsbericht der Bundesregierung. Bildungsferne Eltern bringen ihre Kinder im Durchschnitt erst mit knapp drei Jahren in die Kita, der Nachwuchs der höheren Bildungsschichten dagegen wird im Durchschnitt schon mit zwei Jahren außerhalb der Familie betreut.

Viele Unterschichtseltern schämen sich, weil sie den Kita-Platz nicht bezahlen können, und behalten ihr Kind etwas länger zu Hause. Mitunter blocken auch die Kita-Betreiber, wie Kathrin Bock-Famulla von der Bertelsmann Stiftung berichtet. Viele kirchliche Kitas lehnten Kinder mit Migrationshintergrund ab. Und in einigen Ein-

richtungen erhielten vor allem jene Eltern einen Betreuungsplatz, die sich gut präsentieren könnten. „Mittelschichtorientierung“ nennt Bock-Famulla das.

Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz war zwar eine gute Idee, sagt Birgit Riedel, Expertin für frühkindliche Bildung beim Deutschen Jugendinstitut, aber: „Es haben genau die Falschen davon profitiert.“

So ist es in Krippe und Kita, und so bleibt es, wenn die Unterschichtskinder in die Schule kommen. Wer aus einem Hartz-IV- oder Migrantenviertel stammt, hat bei den Lehrern oft schlechte Karten, weil er nur mäßig Deutsch spricht und es manche Eltern lästig finden, wenn sich ihr Sprössling für den Unterricht interessiert. Er bekommt keine Nachhilfe und keinen Musikunterricht. 15 Prozent der Migrantenkinder verlassen die Schule ohne Abschluss.

So auch im Soldiner Kiez im Berliner Bezirk Mitte. Wer aus dem Regierungsviertel dorthin fahren will, benötigt mit der S-Bahn zehn Minuten. Doch es ist wie eine Reise in eine andere Welt, von der Machtelite ins Elend, von ganz oben nach tief unten. Die Gegend rings um den Bahnhof Gesundbrunnen zählt zu den ärmsten Vierteln der Hauptstadt. Etwa 70 Prozent aller Kinder leben hier mit ihren Familien von staatlicher Unterstützung. Die Berliner Polizei spricht von einem „verlorenen Gebiet“.

Im Politikunterricht von Herbert Weber geht es deshalb oft nur langsam voran. An der Herbert-Hoover-Schule, Migrantenkinderanteil über 90 Prozent, gilt die Regel, dass in der Klasse und in den Pausen nur Deutsch geredet werden soll. Doch einige Kinder können sich kaum ausdrücken; bei anderen zeigen sich tiefe Bildungslücken. Hat Hitler vor den Dinosauriern gelebt? Oder danach?

Weber macht sich keine Illusionen. Ohne zusätzliche Förderung werden es nur wenige aus der Klasse bis zum mittleren Abschluss oder Abitur schaffen. Wenn er seinen Schülern erklärt, wie das politische System in Deutschland funktioniert, komme er sich mitunter wie ein Schwindler vor. Das staatliche Versprechen auf Mitbestimmung und Teilhabe hält der Lebenswirklichkeit der Kinder nicht stand. Viele seiner Schüler sähen kaum eine Chance, dem Gesundbrunnen-Viertel zu entkommen.

Es ginge auch anders. Vor einiger Zeit hat Weber den Weddinger „Medienhof“ mitgegründet, eine Nachhilfeeinrichtung für Schüler aus der Unterschicht. An vier Tagen in der Woche können sich die Kinder und Jugendlichen von Lehramtsstudenten der Berliner Universitäten helfen lassen, etwa wenn sie Probleme bei den Hausaufgaben haben. Für die

Kinder und ihre Eltern ist das Angebot kostenlos. Ungefähr 120 Kinder kommen regelmäßig vorbei, weitere 180 Kinder werden von den Medienhof-Studenten nachmittags in den umliegenden Schulen betreut.

Der 17-jährige Alikan hat es dank der Nachhilfe geschafft, den mittleren Schulabschluss zu bestehen. Er hatte befürchtet, beim mündlichen Teil zu versagen. Doch die Studenten im Medienhof halfen ihm durch die Prüfung. Alikans Vortrag, er hatte sich das Thema „Grippeviren“ ausgesucht, klappte reibungslos.

Der Bonner Wirtschaftswissenschaftler Armin Falk hat kürzlich eine Studie veröffentlicht, wonach sich die Bildungschancen von Grundschulern aus der Unterschicht deutlich verbessern, wenn sie einen Mentor haben. Bereits bei einem Jahr Betreuung erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit, aufs Gymnasium zu gehen, um elf Prozentpunkte.

Man sollte glauben, ein Erfolgsprojekt wie der Medienhof würde von der Berliner Politik angemessen gewürdigt. Doch das ist nicht der Fall. Seit Jahren kämpft Weber gegen die drohende Schließung. Es fehlt an Geld. Die Gesamtkosten für die Lehramtsstudenten, sie bekommen 10 Euro brutto pro Stunde, Projektleitung und Miete lagen zuletzt bei knapp 130 000 Euro im Jahr und wurden mal von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie und mal von einem großzügigen Mineralwasserhersteller aufgebracht. Der Berliner Senat stellt erst jetzt einen Zuschuss in Aussicht.

In den Bildungsinstituten der Exportsupermacht Deutschland spiegelt sich jene Zweiklassenwelt, die auch den Arbeitsmarkt beherrscht, so zeigte eine vom Bundesbildungsministerium herausgegebene Studie: „Noch immer haben Jugendliche aus der Oberschicht ungefähr dreimal so hohe Chancen, ein Gymnasium anstelle einer Realschule zu besuchen, wie Jugendliche aus Arbeiterfamilien“, hieß es dort, und zwar „auch dann, wenn man nur Schülerinnen und Schüler mit gleicher Begabung und gleichen Fachleistungen vergleicht“. Während 77 Prozent der Kinder aus Akademikerfamilien ein Studium beginnen, so zeigt es die letzte Sozialerhebung des Studentenwerks, sind es in Nichtakademikerfamilien nur 23 Prozent.

Bildung wäre das beste Mittel, um sozial aufzusteigen. Sie dient auch als Schutz gegen Arbeits-

losigkeit, wie eine Studie des Münchner Bildungsökonom Ludger Wößmann zeigt. Bei Personen mit Hochschulabschluss liegt die Arbeitslosenquote bei 2,5 Prozent. Mit abgeschlossener Lehre sind es 5 Prozent. Bei Personen ohne Berufsabschluss hingegen sind 20 Prozent ohne Job. „Bildung steigert die Produktivität der ganzen Volkswirtschaft“, sagt Wößmann.

Wie die Chancen sich verteilen, sieht Marcus Braunert, wenn er die Bewerbungen für Ausbildungsplätze sichtet. Über seine Trainingscenter in Berlin und Heidelberg stellt der Energietechnikkonzern ABB in jedem Jahr fast 400 Lehrlinge ein, und Braunert führt hier die Geschäfte. Das sei kein Beruf, sondern eine Berufung, findet er. Aber eine Berufung, die beständig anspruchsvoller wird. „Es wird von Jahr zu Jahr schwieriger, gute Bewerber zu finden“, sagt er.

Für Ausbildungskandidaten hat Braunert einen eigenen Test entwickeln lassen. Es geht darum, ein paar Mathematikauf-

gaben zu lösen, Verben zu konjugieren oder die Position eines 3-D-Würfels zu erkennen. Doch schon an einfachen Additionsaufgaben scheitern viele Kandidaten heute. Vor knapp zehn Jahren lag der Notendurchschnitt im Mathetest noch bei 2,3. Inzwischen ist er auf 2,9 abgerutscht.

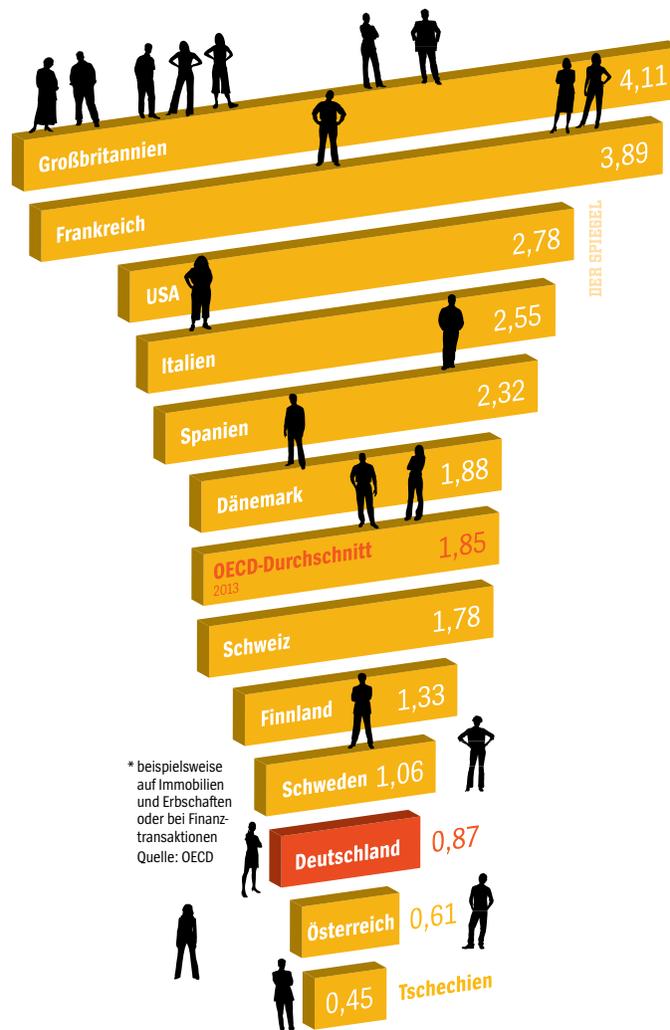
„Ich kann einen Hauptschüler heute nicht mehr in einem Elektroberuf ausbilden“, sagt Braunert. Das scheitert meist schon an den Rechenkünsten. Die Realschüler wiederum stünden oft unter immensem Druck ihrer Elternhäuser, weiterzulernen – und vielleicht doch irgendwann zu studieren. Deswegen zeichnet sich für die Zukunft ein Loch in der Mitte ab – bei den ganz normalen Industriefacharbeitern.

Am Ende geht es nicht nur um eine besetzte Stelle mehr oder weniger. Es geht um viel mehr, es geht auch um den Wohlstand. „Der Mehrwert dieses Landes beruht auf seinem technischen Entwicklungsstand. Aber was ist, wenn wir keine Leute mehr für technische Berufe gewinnen können?“, fragt Braunert. Den Facharbeitermangel von morgen sieht er heute schon kommen.

Im Februar 2016 zählte die Bundesagentur für Arbeit insgesamt 614 000 offene Stellen. Das waren 18,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Über 38 000 Verkaufsfachleute werden gesucht, rund 41 000 Mechatroniker und Elektroniker sowie 19 000 Verkehrs- und Logistikexperten. Und das ist erst der Anfang.

Die ökonomischen Thinktanks überbieten sich seit Jahren mit Schreckensprognosen eines Landes, dem die Erwerbstätigen ausgehen. Das Prognoseinstitut prophezeit bis zum Jahr 2030 eine Lücke von 3,5 Millionen Erwerbstätigen, die Unternehmensberatung Boston Consulting Group rechnet mit 5,8 bis 7,7 Millionen fehlenden Arbeitskräften und nachhaltigen Folgen. Das Wirtschaftswachstum könnte von durchschnittlich 1,3 in den vergangenen Jahren auf nur noch 0,5 Prozent im Jahr sinken. Was harmlos klingt, bedeutet eine mächtige Größenordnung: Die wirtschaftlichen Einbußen könnten im Jahr 2030 im schlimmsten Fall bis zu 550 Milliarden Euro betragen, konstatieren die Berater.

Der Mechanismus ist offensichtlich: „Wenn Unternehmen nicht die Arbeitskräfte finden, die sie für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen benötigen, ist damit zu rechnen, dass sie Ausweichstrate-



* beispielsweise auf Immobilien und Erbschaften oder bei Finanztransaktionen
Quelle: OECD

Steuern auf Vermögen*
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 2014

gien entwickeln – mit nachhaltig negativen Folgen für Deutschlands Volkswirtschaft“, warnte die Bundesagentur für Arbeit schon 2011 in einer Fachkräftestudie. Die Unternehmen könnten ihre Investitionen im Lande kürzen, auf Innovationen verzichten und noch mehr Maschinen einsetzen, die von wenigen Hochqualifizierten gebaut und bedient werden. Die Arbeitsmarktchancen von Geringqualifizierten würden dann noch weiter sinken.

Kein Wunder, dass die Kluft zwischen Arm und Reich mittlerweile auch die Wirtschaftsforscher umtreibt. Die ökonomische Theorie, wonach Ungleichheit zum Wesen einer funktionierenden Marktwirtschaft gehöre, ist ins Wanken geraten. Zwar gilt ein gewisser Abstand zwischen Oben und Unten noch immer als Voraussetzung für Leistungsbereitschaft und damit für Fortschritt, Wachstum und Innovation. Doch inzwischen wächst bei vielen Ökonomen die Einsicht, dass es für die Wirtschaft schädlich ist, wenn die Ungleichheit zu groß wird.

Weil Reiche einen größeren Anteil ihres Einkommens auf die hohe Kante legen, kann die Wirtschaft aus der Balance geraten, wenn sich die Einkommen allzu sehr auf die oberen Schichten konzentrieren. Es wird dann zu viel gespart in der Wirtschaft, die Fabriken der Konsumgüterhersteller sind nicht ausgelastet, und allzu viel Kapital fließt ins Ausland ab, weil sich innerhalb der eigenen Grenzen nicht genügend Investitionsmöglichkeiten bieten.

Genau so wurde die deutsche Konjunktur über lange Jahre gebremst, sind viele Fachleute überzeugt. So wuchs der Konsum in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts nur etwa halb so schnell wie das Sozialprodukt; Ungleichheit sei für die Konjunktur eine „hoch problematische Entwicklung“, findet Gustav Horn, der Chef des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Hinzu traten die Wachstumseinbußen, die Fachkräftemangel und fehlende Aufstiegsdynamik mit sich brachten.

Und so kommt es, dass viele Ökonomen die zunehmende Arm-Reich-Diskrepanz hierzulande und in anderen Industriestaaten zur Wachstumsbremse erklären. Erst stellte der Internationale Währungsfonds in einer Studie von über hundert In-

dustrie- und Schwellenländern fest, dass „steigende Ungleichheit mit geringerer Produktionszunahme“ verbunden ist. Dann bezifferte die Industrieländerorganisation OECD die dadurch verursachten Wohlstandseinbußen allein in der Bundesrepublik auf sechs Prozent des Sozialprodukts. Und schließlich stimmten sogar diejenigen in den Chor der Kapitalismuskritiker ein, von denen man es am wenigsten erwartet hätte: internationale Finanzkonzerne.

So legten die Volkswirte der US-amerikanischen Großbank Morgan Stanley im vergangenen Herbst eine Analyse vor, nach der auch Geldanleger gut beraten seien, auf das „Ungleichheit-Problem“ in vielen Volkswirtschaften „zu achten“. Werde

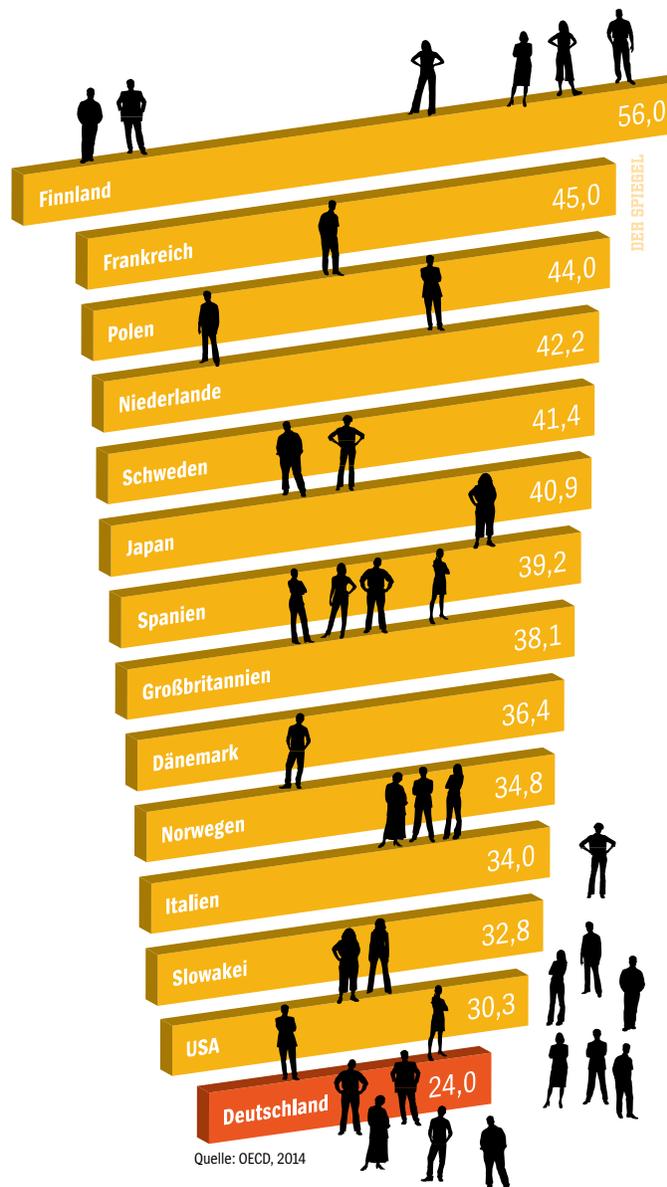
die Kluft zwischen Oben und Unten zu groß, heißt es in der Studie, könne dies „die soziale und wirtschaftliche Substanz eines Landes zersetzen“.

Für besonders groß halten die Experten die Gefahr offenbar in Deutschland, wo sich nicht nur Löhne und Einkünfte in den vergangenen Jahren stark auseinanderentwickelt haben. Es verschlechterten sich auch zahlreiche weitere Indikatoren, die nach Einschätzung der Morgan-Stanley-Experten wichtig für den sozialen Zusammenhalt sind: der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsleistungen, die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, die Verschuldung privater Haushalte.

Unterm Strich belegte die Bundesrepublik in der Ungleichheit-Rangliste der Großbank unter 20 Industrieländern Platz 15, weit abgeschlagen hinter den skandinavischen Nationen, Polen oder Frankreich. Für „besorgniserregend“ hält es Morgan-Stanley-Chefvolkswirtin Elga Bartsch insbesondere, dass „in Deutschland die Bildungschancen von Kindern stark vom Bildungsniveau der Eltern abhängen“. Schließlich seien „gerade Bildungschancen in einer Zeit der Globalisierung und Digitalisierung entscheidend“.

So sieht das auch DIW-Chef Fratzscher. Sinke das Bildungsniveau einer Gesellschaft, so schrumpfe auch ihre Produktivität. Das habe der Bundesrepublik zwischen 1990 und 2010 „immense Verluste“ beschert, rechnet der Volkswirt vor. Insgesamt habe Deutschland dadurch 160 Milliarden Euro verloren, eine vierköpfige Familie habe 8000 Euro eingebüßt. In anderen Worten: Die Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik hätte um ein Fünftel höher liegen können, wenn die Spaltung zwischen Arm und Reich nicht so weit vorangeschritten wäre. Auch in Zukunft wird das Wachstum geringer ausfallen, prognostiziert der Ökonom. „Die Verluste setzen sich so lange fort“, schreibt Fratzscher, „wie die Ungleichheit auf jetzigem Niveau verbleibt.“

Es ist das Verdienst des DIW-Chefs, dass er den Scheinwerfer auf eines der zentralen Problemfelder der Republik richtet. Tatsächlich ist die ökonomische Stagnation am unteren Ende der Gesellschaft heutzutage nicht nur eine soziale, sondern auch eine wirtschaftliche Fra-



Mobilität in der Bildung

Anteil der Erwachsenen, die einen höheren Bildungsstand haben als ihre Eltern, in Prozent



Luxusmeile Maximilianstraße in München: „Wird die soziale Kluft zu groß, kann dies die Substanz eines Landes zersetzen“

ge – selbst wenn die Kanzlerin und ein Teil der Ökonomen versuchen, die Lage zu beschönigen.

Die gewachsene Spaltung zwischen Arm und Reich bremst die Konjunktur, sie raubt Hunderttausenden den Glauben an wirtschaftlichen Aufstieg und Entwicklung, und sie führt dazu, ganze Bevölkerungsteile von jenen Wirtschaftszweigen abzukoppeln, in denen die Zukunft liegt: die blühenden Zweige der deutschen Exportindustrie sowie die entstehende digitale Dienstleistungswirtschaft. So verschwendet das Land seine Talente und schöpft, um es in der kalten Sprache der Ökonomie auszudrücken, sein Produktionspotenzial nicht aus.

Was also ist zu tun, um die gefährliche Schiefelage in der deutschen Gesellschaft zu überwinden?

Einfache Umverteilungsrezepte nach dem Motto „den Reichen nehmen, den Armen geben“ werden den Patienten kaum gesünder machen. Schon heute sind Steuern und Abgaben hierzulande so hoch wie in wenigen anderen industrialisierten Ländern. Sie weiter anzuheben hieße jene findigen Unternehmer und spezialisierten Facharbeiter zu entmutigen, die für einen Großteil des ökonomischen Erfolgs in Deutschland verantwortlich sind.

Wer mehr Gerechtigkeit schaffen will, sollte stattdessen jene Privilegien abbauen, mit denen der Staat heute Vermögende

begünstigt. So werden auf Zinseinkünfte niedrigere Steuern fällig als auf Arbeitseinkommen, und wer einen Firmenanteil erbt, kommt heutzutage häufig ohne jeglichen Zahlungsbefehl vom Fiskus davon.

Zudem zeigen die Analysen des DIW-Chefs, dass der Kern der Misere nicht im staatlichen Umverteilungssystem zu suchen ist, sondern bei den lange Zeit schrumpfenden Löhnen am unteren Ende der Verdienstskaala. Die Hartz-Reformen waren richtig, um Millionen Arbeitslose in Jobs zu bringen. Nun sollte es darum gehen, möglichst viele prekäre Minijobs und fragwürdige Werkverträge wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu verwandeln, mit Verdiensten jenseits des Mindestlohns.

Vor allem aber müssen die Regierenden all jene staatlichen Einrichtungen auf den Prüfstand stellen, die heute dazu beitragen, dass oben meist oben und unten meist unten bleibt: ein Bildungssektor, der Unterschichtskinder pauschal zu Verlierern stempelt. Eine Ausländerpolitik, die Migranten ausgrenzt, statt sie zu integrieren. Eine Arbeitsverwaltung, die Beschäftigten zu wenig Chancen auf Qualifizierung bietet. Zur Wahrheit gehört auch: Wenn ein solches Programm zusätzlich zur Integration Hunderttausender Flüchtlinge auf den Weg gebracht werden soll, so wird das Milliarden kosten, die ohne neue Schulden kaum aufzubringen sind (siehe Seite 35).

Doch das wäre ein verkraftbares Übel. Schließlich würde es sich auf vielfache Weise auszahlen, wenn es den Deutschen gelänge, mehr Angehörigen der Unterschicht den Weg nach oben zu bahnen. Es wäre ein Projekt, das beides zugleich bewirken kann: mehr Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Fortschritt. „Soziale Marktwirtschaft“ hieß das bei Ludwig Erhard. „Inklusives Wachstum“ nennt es die moderne Verhaltensökonomie.

Wenn Deutschland seine Zukunft sichern will, darf sich das Land nicht allein um die Modernisierung seiner erfolgreichen Exportindustrien kümmern. Es muss auch eine Strategie entwickeln, wie das untere Drittel der Gesellschaft an der ökonomischen Entwicklung beteiligt sowie für Aufstieg, Bildung und Eigenverantwortung gewonnen werden kann.

„Steigt die Chancengleichheit, profitiert nicht nur der Mensch, der seine Fähigkeit nutzen kann“, schreibt Fratzscher. „Es profitieren auch alle anderen Bürger, denn höhere Chancengleichheit verbessert die Wettbewerbsfähigkeit und sichert das Funktionieren von Gesellschaft und Demokratie.“

Ann-Katrin Müller, Alexander Neubacher, Michael Sauga, Cornelia Schmergal



Video: Wie Ungerechtigkeit der Wirtschaft schadet

spiegel.de/sp112016wachstum
oder in der App DER SPIEGEL